



Presseinformation

Nr. 328 / 2014

Kiel, Mittwoch, 16. Juli 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Hochschule / Kooperationsverbot

Christopher Vogt: Der kleinste gemeinsame Nenner macht Deutschland nicht zur Bildungsrepublik

Zum heutigen Beschluss des Bundeskabinetts zur Änderung des Artikels 91b Grundgesetz erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Große Koalition, kleine Ergebnisse: Dieser Beschluss des Bundeskabinetts ist leider nur wieder der kleinste gemeinsame Nenner. Deutschland verpasst erneut die Chance, doch noch die von der letzten Großen Koalition ausgerufene ‚Bildungsrepublik‘ zu werden. Schwarz-Gelb hatte den Bildungs- und Forschungsetat des Bundes deutlich erhöht, jetzt sollen diese Mittel offenbar nur etwas anders und langfristig rechtssicher verteilt werden. Von einer spürbaren Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Hochschullandschaft kann keine Rede sein. Die Situation der Hochschulen in unserem Bundesland wird sich durch diesen lauwarmen Kompromiss kaum verbessern.

Dass sich die Union bei der Aufhebung des Kooperationsverbots im schulischen Bereich nicht bewegt, ist gerade für die finanzschwächeren Bundesländer ein großes Problem. Diese Blockadehaltung der Union sollte jedoch nicht dazu führen, dass SPD und Grüne im Gegenzug im Hochschulbereich auf der Bremse stehen. Ich gebe die Hoffnung aber noch nicht auf, dass dieser Beschluss ein erster Schritt in die richtige Richtung ist und am Ende die gesamte Bildungslandschaft von einer engeren Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Finanzierung profitieren werden.

Die Landesregierung darf sich auf diesem Beschluss nun keinesfalls ausruhen. Sie ist angesichts der aktuell guten Kassenlage des Landes ebenso aufgefordert, die finanzielle Situation der Hochschulen zu verbessern. Damit das Land nun überhaupt in den Genuss der ‚Bafög-Millionen‘ des Bundes kommen kann, muss Finanzministerin Heinold ihre Parteifreunde in den anderen grün-regierten Bundeslän-

dern davon überzeugen, dieser kleinen Lockerung des Kooperationsverbotes im Bundesrat zuzustimmen. Wenn die Grünen hierbei im Bundesrat blockieren sollten, würde dies angesichts des jüngst verabschiedeten Nachtragshaushalt die Haushaltskonsolidierung bzw. die beschlossenen Lehrerstellen gefährden.“